

Protest Camp vor der Bundesnetzagentur (BNA) in Bonn
Leere Versprechen täuschen nicht über überragendes wirtschaftliches Interesse hinweg -
Bürgerbeteiligung ist zu bürokratisch und unwirksam

Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik fand am 21. Oktober vor der Bundesnetzagentur (BNA) in Bonn ein großes Protestcamp statt. Die im "Aktionsbündnis Ultranet" organisierten Bürgerinitiativen aus Gemeinden und Städten, die von den Höchststromtrassen ULTRANET betroffen sind, entsendeten jeweils Vertreter. Das Ziel: Ihrer Unzufriedenheit im Umgang mit ihren Ängsten und Befürchtungen und mit mühsam erarbeiteten Verschwenkungsvorschlägen in der Bundesfachplanung Ausdruck zu verleihen. ULTRANET ist ein weltweit einzigartiges Pilotprojekt, bei dem erstmals auf Bestandstrassen von Wechselstromleitungen zusätzlich Gleichstrom mitgeführt werden sollen. Es existieren zurzeit weder verlässliche Messungen von elektrischen und magnetischen Feldern zu diesem neuartigen System, noch gesundheitliche Langzeitstudien. Trotzdem soll nach dem von der Vorhabenträgerin Amprion gestellten Antrag die Leitung teilweise durch Ortschaften und über Häuser geführt werden. Der Verlauf des Verfahrens zeige, so der Tenor der Anwesenden, dass die Öffentlichkeitsbeteiligung keine wirkliche Beteiligung der betroffenen Menschen ist, sondern eine bloße Formalität. "Wir fühlen uns zum Versuchskaninchen erniedrigt", formuliert es Karin Lübbers, Sprecherin der BI Hofheim gegen Ultranet. ULTRANET droht zu einer Blaupause für ganz Deutschland zu werden. Wenn es Amprion gelingen sollte, für eine nicht ausreichend erprobte Technik die Genehmigung von der Bundesnetzagentur zu erhalten und diese Technik durch Städte und Kommunen des dicht besiedelten Ballungsraumes Rhein Main zu führen, dann wird es zukünftig auch überall sonst in Deutschland möglich sein, auf alle Bestandsleitungen „nach dem Vorbild von Ultranet“ diese und andere noch nicht ausreichend erprobte Techniken direkt durch die Wohngebiete zu führen. Die Bürgerinitiativen sehen bei ULTRANET das Vorsorgeprinzip bislang noch nicht ausreichend berücksichtigt.

Auf der Wiese vor den Gebäuden der BNA hatten Vertreter des Aktionsbündnisses ein Zeltlager aufgebaut, als Protest gegen die erheblichen gesundheitlichen Gefahren, die mit diesem bisher noch nicht erprobten ULTRANET-Pilotprojekt verbunden sind. An der lebhaften Podiumsdiskussion nahm auch der Präsident der BNA, Jochen Homann, und der Abteilungsleiter Matthias Otte teil. Ein Team des ARD-Magazins Plusminus war ebenfalls vor Ort, um über die Aktion und die Motivation der Akteure zu berichten.

Bestehende Strommasten sollen aufgestockt und für das einmalige Pilotprojekt genutzt werden. Sie führen teilweise direkt über Siedlungsgebiete, Kindergärten und Schulen hinweg. Namhafte Institutionen haben auf die damit verbundenen erheblichen gesundheitlichen Gefahren hingewiesen. Alternativ-Lösungen im Rahmen einer dezentralen Energiewende wurden bisher von der BNA verworfen. Ebenso verworfen - im behördendeutsch: abgeschichtet - wurde auch die linksrheinische Alternativstromtrasse. Klar ist: Vorrangig ist das ökonomische Interesse und Kalkül der Netzbetreiber und Kapitalgeber. Zusätzlich sollen Gewinne aus dem Stromhandel mit den Nachbarländern erzielt werden. Der Netzbetreiber und Planer Amprion ist nur an der Investitionsrendite, aber nicht am „Schutzgut Mensch“ interessiert.

Bürger wird mundtot gemacht

"Der Bürger wird hier auf demokratischem Wege mundtot gemacht", so Lübbers. "Indem ihm Unterlagen zur Verfügung gestellt werden, die er fachsprachlich nicht versteht, indem Alternativvorschläge zur Trassenführung, die von Arbeitsgruppen in den Bürgerinitiativen, der Städte und Kommunen und der Landesfachbehörde sehr engagiert und zeitaufwändig erarbeitet wurden,

durch die BNA und den Netzbetreiber gar nicht zur Kenntnis genommen werden". So geschehen auch im Fall von Hofheim-Langenhain und Wildsachsen. Der Vorwurf: Die Überbürokratisierung in Deutschland schadet der Demokratie deutlich mehr als sie nutzt.

Homann betonte, die BNA sei keine Planungsbehörde, sondern lediglich Genehmigungsbehörde, was nach Ansicht der Landesfachbehörden, der Städte und Kommunen und der BI's nicht korrekt ist, greift die BNA doch durch die Genehmigungsverfahren in die Raumplanung der Länder und Kommunen ein. Außerdem müsse Amprion nach dem Paragraph 5b des NABEG einen Antrag auf Mitverschwenkung der Bestandstrasse (hier der Syna) stellen. Dies habe Amprion jedoch bislang nicht getan, „man würde darüber in Diskussion mit Amprion stehen“. Weshalb die BNA die Vorhabenträgerin hierzu nicht klar auffordere, wurde nicht erklärt.

"Auf unsere Fragen wurde immer sehr ausweichend und nicht konkret geantwortet", zeigte sich Karin Lübbers enttäuscht. Sie wollte wissen, warum die Verschwenkungsvorschläge der BI Hofheim, die zusammen mit Stadt, Kreis und Land erarbeitet wurden, allesamt einfach abgeschichtet wurden. Hier kamen keine schlüssigen Begründungen, eine Einsichtnahme in den Prüfbericht der Vorhabenträgerin zu diesem von allen gewünschten Trassenverlauf würde nicht gewährt, man würde am Ende der Bundesfachplanung eine schriftliche Erklärung hierzu erhalten. Die BNA wurde daher gebeten Bedenken zu den Verschwenkungen umgehend mitzuteilen, damit diese noch ggf. noch ausgeräumt werden können.“ Andernfalls würde dies bedeuten, dass wir keine Möglichkeit hätten, die im Prüfbericht geäußerten Bedenken der Vorhabenträgerin zu widerlegen“ sagte Lübbers.

Zum Schluss gelang es dann den Vertretern der BIs, Homann die Zusage zu einem gemeinsamen Gespräch mit BNA, den Versorgungsnetzbetreibern und Landesministerium abzurufen. " Wir setzen jetzt alles daran, schnellstmöglich ein Treffen mit den Verantwortlichen im Hessischen Wirtschaftsministerium zu organisieren, zu dem wir die BNA einladen. Wichtig ist aber weiterhin, dass so viele Bürger wie möglich noch bis zum 2. November Stellungnahmen an die BNA schicken", betont sie. Laut Otte könne der zunächst abgeschichtete Hofheimer Verschwenkungsvorschlag doch noch aufleben und in die nächste Planungsstufe mitgenommen werden, falls entsprechend überzeugende Stellungnahmen eingehen. "Wir nehmen ihn beim Wort", so Lübbers kämpferisch, „denn die Weigerung der BNA, diesen Vorschlag mit in die nächste Planungsstufe zu nehmen, sei ein ganz klarer Abwägungsfehler“.

Ein Einwandgenerator steht voraussichtlich ab dem 28.10. unter

www.ultranet-einwand.de

dem interessierten Bürger bis zum 02. November zur Verfügung